

Wählen als Bürgerpflicht? Ja, sicher!

Es gibt die Pflicht, Steuern zu zahlen, die Kinder in die Schule zu schicken und bei Rot stehen zu bleiben – ein Staat sollte auch wissen, was alle seine Bürger von höchsten Amtsträgern halten. Darum: Wahlpflicht.

Bernhard Rathmayr

Wie immer die Wahlen ausgehen – eines ist bereits sicher: Es werden wesentlich weniger Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, als dazu berechtigt sind. Am deutlichsten zeigte sich das Desinteresse bei den Europawahlen 2014: Nur 42,54 Prozent der österreichischen Wahlberechtigten schritten zur Urne. Beim ersten Durchgang zur Wahl des Bundespräsidenten erbrachte der Urnengang mit 68,5 Prozent die zweitniedrigste Wahlbeteiligung, seit es Präsidentschaftswahlen gibt. Von 6.380.605 sind 4.370.715 Personen zur Wahl gegangen, die Zahl der Nichtwähler beträgt demnach über zwei Millionen.

Bei den Europawahlen 2014 gab es auch erfreulichere Werte: Belgien 90,4, Luxemburg 85,5 Pro-

zent. Die Ursache ist mehr als einfach: In diesen Ländern gibt es Wahlpflicht. Wer in Luxemburg nicht zur Wahl geht, riskiert ein Strafgeld von 100 bis 250 Euro. In Belgien kostet einmaliges Fernbleiben zwischen 25 und 50 Euro, wer viermal nicht wählen geht, wird für zehn Jahre aus dem Wahlregister gestrichen, darf während dieser Zeit in kein öffentliches Amt berufen werden und keine öf-

fentliche Förderung oder Auszeichnung erhalten.

In Österreich gilt die allgemeine Wahlpflicht als überholt. Dabei ist es gar nicht allzu lange her, dass sie, zumindest in Teilen des Staates, vorgeschrieben war. Bis zum Jahr 1992 ermächtigte das Bundesverfassungsgesetz die Länder, die Wahlpflicht zu verordnen. Die Folgen der Aufhebung sind erheblich: In den Jahren vorher stand die Wahlbeteiligung durchwegs bei 90 Prozent und darüber, seither sinkt sie kontinuierlich: von 97 bei der ersten Wahl 1951 bis zu den jetzigen 68,5 Prozent – und das, obwohl 2007 das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt wurde.

Gewiss wäre es übertrieben, die sinkende Wahlbeteiligung ausschließlich auf die Aufhebung der Wahlpflicht zurückzuführen, ohne Zweifel besteht aber ein Zusammenhang, jedenfalls ein demokratiepolitisches Desiderat: Ein Staat sollte wissen, wie alle seine Bürger das Wirken seiner Regierung und die Ambitionen jener einschätzen, die das Land künftig regieren oder repräsentieren möchten, nicht nur zwei Drittel von ihnen. Wahlverpflichtung von vornherein als übertriebenen

Zwang auszugeben würde das Wesen staatlichen Handelns verkennen. Der Staat zwingt seine Bürger zu vielerlei: Er verlangt von ihnen, Steuer zu zahlen, die Kinder in die Schule zu schicken, bei Rot die Kreuzung nicht zu überqueren und die Rettungsgasse freizuhalten. Warum sollte er nicht verlangen können, dass seine Bürger ihm Auskunft darüber geben, welche Vertreter sie im Nationalrat haben wollen, wer das Land regieren, wer Bundespräsident werden soll?

Sowohl die wahlwerbenden Gruppen als auch der Großteil der Berichterstatter kommentieren Wahlergebnisse stets so, als ob sie einen Prozentsatz der Gesamtheit der Wahlberechtigten repräsentieren würden: „Soundso viel Prozent der Österreicher haben die Partei X gewählt“; „Eine Mehrheit der Wähler hat ...“ usw. Im Blick auf die tatsächliche Zahl der Wähler sind solche Aussagen schlicht falsch. Der Anteil von 35,1 Prozent des Kandidaten Hofer etwa würde, bezogen auf die Gesamtheit der Wahlberechtigten auf

rund 24 Prozent schrumpfen, jener von van der Bellen auf rund 13 Prozent. Je weiter die Wahlbeteiligung sinkt, mit einem desto geringeren Anteil an den gesamten Wahlberechtigten lassen sich Wahlerfolge erzielen, je weniger repräsentativ das Wahlergebnis ist, umso eher lassen sich relevante Mehrheiten erreichen.

Nimmt man zudem an, dass die Wahlbeteiligung bei unterschiedlichen wahlwerbenden Gruppen unterschiedlich hoch ist, ergibt sich eine Verzerrung dessen, was gern als „Wählerwille“ bezeichnet wird. Wenn etwa, wofür einiges spricht, rechte Protestwähler, die Politik im Sinne ihrer Ressentiments verändern wollen, in größerer Zahl mobilisierbar sind als jene, die mit den Verhältnissen in etwa zufrieden oder der Ansicht sind, dass sich so und so nichts ändert, wären solche Gruppierungen bei Wahlergebnissen im Verhältnis zur Gesamtheit der Wahlberechtigten überproportional repräsentiert. Unabhängig davon sollten die Bürger eines Staates wissen, welche politische Ideologie und welches politische Programm von welcher tatsächlichen Mehrheit unter ihnen unterstützt wird, eine Information, die nur durch die Verpflichtung aller Bürger zur Wahl erreicht werden kann.

Dass ein Drittel der Staatsbürger, die dazu berechtigt sind, ein Recht nicht wahrnehmen wollen, das seit dem Revolutionsjahr 1848 in heftigen Kämpfen errungen wurde, muss aufrechten Demokraten bitter aufstoßen. In seinem Traktat über den Staat äußert der griechische Philosoph Platon Zweifel an der Klugheit politischer Enthaltsamkeit: „Diejenigen, die zu klug sind, um sich in der Politik zu engagieren, werden dadurch bestraft werden, dass sie von Leuten regiert werden, die dümmer sind als sie selbst.“

BERNHARD RATHMAYR (Jg. 1942) ist emeritierter Professor für Erziehungswissenschaften an der Uni Innsbruck.



Am 22. Mai stehen diese beiden Kandidaten zur Wahl für das Bundespräsidentenamt.

Foto: APA

FLORIAN SCHEUBA

Verkannter Systemerhalter



Im Wahlkampffinale kann sich die FPÖ auf zwei Kommunikationsaktivitäten konzentrieren. Zum einen auf das genussvolle Ausleben der Opferrolle durch permanentes Wehklagen über bösartige Nazi-Vergleiche im In- und Ausland. Zum anderen auf das Betonen der völligen Normalität und Harmlosigkeit ihres Kandidaten Norbert Hofer.

Die erste Botschaft hat den strategischen Vorteil, dass alle damit Konfrontierten sofort betonen müssen, dass man die Freiheitlichen und ihre Wähler natürlich nicht pauschal als Rechtsextreme bezeichnen kann. Genauso wenig, wie man alle Muslime als Islamisten bezeichnen darf. Übrigens nicht die einzige Parallele zwischen dieser Weltreligion und der FPÖ. Beide punkten bei ihren Anhängern oft mit den gleichen Mitteln, nämlich haltlosen Welterklärungsmodellen, blinder Autoritätshörigkeit, Akzeptanz von Antisemitismus, Souveränitätsverlust im Umgang mit Satire und dem Schaffen von Feindbildern für Modernisierungsverlierer.

Etwas schwerer tut man sich mit der zweiten Botschaft von der angeblichen Normalität. Dass man nun eine „Partei der Mitte“ sei, wie von Heinz Christian Strache unermüdlich behauptet, hat – um beim Islamvergleich zu bleiben – einen ähnlichen Realitätsgehalt wie die These, dass es sich beim Salafismus um eine „Glaubensrichtung der Toleranz“ handle.

Es empfiehlt sich daher, die „Normalitätsnummer“ nicht über die Partei, sondern über den Kandidaten selbst zu spielen, zumal dieser die dafür weitaus besseren Voraussetzungen liefert, als viele ahnen.

Wer sich vor oft gehörten Zuschreibungen wie „Anti-establishment“ oder „Systemzerstörer“ schreckt, kann beruhigt werden. Norbert Hofer ist offenbar das genaue Gegenteil. Eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat er das schon vor über zehn Jahren. Da schlossen FPÖ und SPÖ im Burgenland einen mittlerweile geleakten Geheimvertrag, mit dem sie einen klassischen Postenschacher vereinbarten: „Die FPÖ Burgenland nominiert im Laufe der nächsten Legislaturperiode Personal in einem Umfang von zumindest fünf Personen für Tätigkeiten in landesnahen Betrieben. Sollte die FPÖ Burgenland bei der Landtagswahl nur ein Mandat erreichen oder den Einzug in den Landtag nicht schaffen, so werden für die derzeitigen Mitarbeiter im freiheitlichen Landtagsklub adäquate Dienststellen mit vergleichbaren Verdienstmöglichkeiten im Landesdienst oder in einem landesnahen Betrieb zur Verfügung gestellt.“

Formuliert wurde dieser kleine schmutzige Deal laut Aussagen mehrerer Zeugen von damaligen FPÖ-Klubdirektor Norbert Hofer, der so auch sich selbst mit einem Job versorgen wollte.

Parteibuchwirtschaft der ganz alten Schule also. Sollte Hofer demnächst mit Sack und Pack, Glock und Stock in die Hofburg übersiedeln, muss sich niemand vor einem, den eigentlichen Zweck österreichischer Parteienpolitik verändernden Umbruch fürchten.

Wer am nächsten Sonntag trotzdem seinem Protest gegen System und Establishment Ausdruck verleihen möchte, hat dafür eine andere Möglichkeit. Die Stichwahl kann nämlich auch als Volksabstimmung interpretiert werden über die Frage „Möchten Sie, dass unser Land weiterhin nach dem Willen der *Kronen Zeitung* regiert wird?“

Professoren erheben ihre Stimme

Der Elfenbeinturm, nutzlose Petitionen und echte Auseinandersetzung mit FPÖ-Wählern

Christian Fleck

In Zeiten wie diesen ist man ja auch im Ausland nicht wirklich weg von zu Hause. Deswegen erreicht einen heute unterwegs auch jene Post, die früher einmal in der Postablage daheim wartete – und sich dank Zeitablauf von selbst erledigte. Dieser Tage also fand sich im elektronischen Postfach ein Rundschreiben engagierter Professoren und anderer Akademiker, die „für ein aufgeklärtes und humanes Österreich“ plädierten und zur Unterschrift baten.

19 Kollegen und sieben Kolleginnen unterstützen „Kollegen Van der Bellen“ als „besonnenen Menschen mit liberaler Grundhaltung“ und „einen Kandidaten der aufgeklärten Gesellschaft“. Die Erstunterzeichner begründen ihre Intervention, die an keiner Stelle des Textes zur Stimmabgabe zugunsten ihres Kollegen aufruft – wohl weil sich auch Nichtstimm-berechtigte auf der Liste finden –, dann recht selbstinteressiert mit dem Hinweis darauf, dass die von ihnen angeführten Werte nicht nur eine „unabdingbare Voraussetzung zum gesellschaftlichen Zusammenleben dar[stellen], sondern sie sind gleichzeitig die Basis einer international agieren-

den und erfolgreichen Wissenschaft. Sie sind entscheidend für den Wissenschaftsstandort Österreich und somit auch für unsere längerfristige wirtschaftliche Entwicklung und Zukunft.“

Mittwochvormittag vermeldete die Statistik von *openpetition.de* 580 Unterzeichner. Die gute alte Unterschriftenliste funktioniert offenbar auch nicht mehr wie einst, als Bundespräsidenten noch den Wissenschaftsstandort Österreich beflügelten. Oder habe ich da etwas missverstanden?

Ich werde übrigens nicht unterschreiben. Nicht weil ich den Herrn Kollegen nicht seinem Konkurrenten vorziehe, sondern weil ich meine, dass diese Petition nutzlos ist. Sie droht sogar kontraproduktiv zu werden, wenn sie von vielen unterzeichnet würde und dadurch Aufmerksamkeit auf sich zöge. Dann könnte die andere Seite gegen die Damen und Herren Doktoren mobilisieren, wie das der Kandidat Hofer schon tat.

Beim zweiten Wahlgang wird es für viele Wähler, wie schon im ersten, nicht um das Amt des Bundespräsidenten gehen, sondern darum, anderes zum Ausdruck zu bringen: Wut auf die da oben, oder Erwartungen zu hegen, die mit der zur Wahl stehenden Funktion we-

nig bis gar nichts zu tun haben, und vermutlich werden viele auch vom Gefühl, am Abend des 22. Mai zu den Siegern gehören zu wollen, geleitet, ihre Stimme abgeben.

Ein Aufruf von Wissenschaftlern wird potenzielle Hofer-Wähler kaum umstimmen, um es milde zu formulieren. Will man das erreichen, müssten sich die Initiatoren und Unterzeichner aus der komfortablen Weltabgeschiedenheit ihres Elfenbeinturmdaseins einmal hinausbegeben, dorthin, wo die Hofer-Wähler leben, und mit ihnen diskutieren. In solchen Debatten wird man mit der Sorge um den Wissenschaftsstandort Österreich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht reüssieren. Es ist wie weiland mit dem Kuchen, den die Protestierenden doch statt des fehlenden Brotes zu sich nehmen mögen.

Vermutlich wollten die Initiatoren und wollen die Unterzeichner ohnehin nur ein Zeichen setzen, um hintennach sagen zu können: sie hätten doch – eine Petition unterzeichnet. Andersdenkende und für den anderen Stimmende erreicht man so aber garantiert nicht.

CHRISTIAN FLECK ist Soziologe aus Graz und lehrt zurzeit an der Higher School of Economics in Moskau.